

Die südslawische Frage nach dem jetzigen Stande.

Der Kriegsfall mit Italien.

Agram, 12. Januar.

In Aussprachen mit kroatischen Regierungsmitgliedern, Politikern und Publizisten suchte ich einen Ueberblick über die politische Konstellation des jugoslawischen Reiches und sein zukünftiges Verhältnis zu den Nachbarländern zu gewinnen. Unter den empfangenen Aufklärungen sind die am wertvollsten, die mir der bekannte Kroatenführer L. Schlegel als Chef des Pressewesens namens der kroatischen Nationalregierung gab. Andere Regierungsmitglieder, wie Dr. Budisavljevic, und Parteiführer, wie Dr. Pavelic, befreizigten sich dagegen einer Zurückhaltung, die ich weniger der Assistenz des mir liebenswürdigerweise beigegebenen Detektivs als der vorsichtigen Rücksichtnahme auf die Empfindlichkeit der hiesigen Ententevertreter zuschreibe. Man darf gerechterweise nicht übersehen, daß die Südslawen der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie im Augenblicke mehr als je auf die Gunst der Entente angewiesen sind, die über die zukünftige Gestalt ihres Reiches entscheidet, und daß sie deshalb alles meiden, was wie eine Vertraulichkeit mit ihren bisherigen Reichsgenossen aussehen könnte. Die Entente ihrerseits nützt die Konjunktur weidlich aus, indem sie durch ihre Kommissionen und sonstigen Abgesandten eine geschickte Handels- und geschäftliche Propaganda betreibt, um das Land mit ihren Kapitalien zu überschwemmen und den deutschen Einfluß auszuschalten. Sie ist deshalb politisch auch gegen einen wirtschaftlichen Anschluß Jugoslawiens an Deutschösterreich, obwohl ihre Lebensmittelkommissionen an den eigenen Schwierigkeiten die Notwendigkeit dazu bereits eingesehen haben. Die südslawischen Politiker halten sich heute zwar an die Direktiven der Entente, verkennen andererseits aber nicht, daß ihnen auf die Dauer das deutsche Hinterland als Absatzgebiet und als industrieller Lieferant unentbehrlich sein wird. Dabei erscheint es ihnen für die zukünftigen wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschösterreich ziemlich irrelevant, ob dieses ein unabhängiger Kleinstaat oder Bestandteil der großdeutschen Republik wird, zu der es in jedem Falle die verbindende Brücke bilden würde. Ein führender kroatischer Politiker sagte mir:

„Es ist selbstverständlich, daß wir später in ein freundschaftliches Verhältnis zu Deutschland treten müssen. Achtzig Millionen Deutsche lassen sich nicht einfach negieren.“

Und noch mehr frappte mich die offenherzige Äußerung einer serbischen Persönlichkeit in hoher militärischer Stellung:

„Man wird es erleben, daß Rußland, Deutschland und Jugoslawien zusammengehen. Das ist aus geographischen und wirtschaftlichen Gründen unvermeidbar und hat mit Gefühlsfragen nichts zu tun.“

Ein neuerlicher politischer Anschluß an Deutschösterreich wird dagegen von keiner Seite auch nur in Erwägung gezogen.

Im Sinne der politischen Trennung sind auch jene Verfügungen zu verstehen, die so tief in die wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschösterreich und Ungarn eingreifen, so die Ausweisung derjenigen „ausländischen“ Firmen, die ihre Filialen nicht als selbständige Zentralen in Kroatien protokollieren lassen. Das Ministerium begründete diese Maßregel mir gegenüber folgendermaßen:

„Unsere großen Firmen hatten ihre Zentralen meist in Budapest, wo sie protokolliert und besteuert waren. Durch unsere Verfügung erreichen wir, daß ihre Steuerkraft unserem Lande zugute kommt, aus dem sie ja ihren Verdienst ziehen.“

Auf meinen weiteren Einwand, daß die Abstempelung der österreichisch-ungarischen Banknoten und das Einfuhrverbot für mehr als 1000, beziehungsweise 2000 Kronen eine folgenschwere Maßnahme sei, die nötigenfalls von deutschösterreichischer Seite durch entsprechende Gegenmaßnahmen parallelisiert werden müßte, antwortete man mir:

„Die Absichten und Wirkungen dieser Maßregel werden in Deutschösterreich falsch beurteilt. Es handelt sich für uns zunächst nur darum, festzustellen, wie viel Papiergeld der Österreichisch-ungarischen Bank bei uns in Umlauf ist. Die behauptete Kursfestsetzung von 3 Kronen = 1 Dinar ist weder erfolgt noch auch definitiv vorgesehen. Wir müssen aber anfangen, unsere Volkswirtschaft unabhängig von dem aufgelösten alten Staatsverband auf eine einigermaßen sichere Basis zu stellen, und deshalb dem hemmungslosen Zustrom österreichisch-ungarischen Papiergeldes Einhalt tun.“

Ich habe aus den sehr vorsichtig gehaltenen Erklärungen der Regierung einigermaßen den Eindruck gewonnen, daß es sich bei der Abstempelung um einen Ballon d'essai handelt, dessen Rückwirkung auf Deutschösterreich und Ungarn man erproben wollte, und kann heute schon voraussagen, daß der auf den 20. Januar festgesetzte Schlußtermin für die Notenabstempelung angesichts der praktischen Komplikationen verlängert werden wird. Damit stimmt die Versicherung der slowenischen Nationalregierung in Laibach überein, daß mit der Abstempelung einer gleichmäßigen Regelung der Währungsfragen nicht einseitig vorgegriffen werden solle. „Auch wir sind der Ansicht“, sagte mir Minister Brec, „daß die Währungsfrage für die Staaten der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie nur durch internationale Regelung zu lösen ist. Dasselbe gilt für die Aufteilung der Sachgüter und der Kriegsschuld, deren Regelung nur auf dem internationalen Friedenskongreß erfolgen kann.“

Ueber die innerpolitische Entwicklung Kroatiens machte mir Herr Schlegel folgende Mitteilungen:

„Die alten politischen Parteien sind durch die Umwälzung gegenstandslos geworden. Neue haben sich noch nicht gebildet, wohl aber lassen sich zwei politische Hauptströmungen unterscheiden: eine mehr konservativ orientierte,

die Föderalisten, und die Zentralisten. Beide sind sich darin einig, daß Jugoslawien (S. J. S.) als Staatseinheit auszubauen ist. Aber die Föderalisten wünschen innerhalb dieses Staatsganzen nationale Autonomien auf historischer Grundlage, nämlich eine Aufteilung in die Gouvernements Kroatien und Slavonien, Dalmatien, Slowenien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Mazedonien, Serbien, Baranja, Bacska und Banat. Die Zentralisten verwerfen diese Gliederung nach historischen Gesichtspunkten, weil sie Zertümler der geschichtlichen Entwicklung verewigen würde und weil die Verschiedenheit der wirtschaftlichen Verhältnisse eine sinngemäßere Einteilung empfiehlt. Der Staat soll sich somit nach den Grundsätzen der Selbstverwaltung von Gemeinde und Kreis zu größeren wirtschaftlichen Einheiten aufbauen.“

„Wird das Wahlrecht auf die Frauen ausgedehnt?“

„Daran ist bei uns noch nicht zu denken. Wir haben leider auch unter den Männern noch sehr viele Analphabeten. Wenn wir das kulturelle Niveau der Tschechen gehabt hätten, so würden wir im Kriege von vornherein wie sie gehandelt haben. Unsere Intelligenz hat das auch getan. Jetzt bauen wir vor allen Dingen Schulen und richten Analphabetenkurse für Erwachsene ein. In der Religionsfrage vertreten wir Zentralisten den Standpunkt der vollständigen Trennung von Kirche und Staat. Solange das nicht durchgeführt ist, soll jede konfessionelle Gruppe — Orthodoxe, Katholiken, Moslems, Protestanten und Juden — mit Autonomien ausgestattet werden, die sie voneinander und von der Regierung nach Möglichkeit unabhängig machen. Ein interkonfessionelles Gesetz würde vorläufig die Frage des Uebertrittes von einer Konfession zur anderen an die gleichen liberalen Bedingungen knüpfen und die Legitimitätsfrage für Kinder aus Mischehen gleichmäßig regeln. Neben die kirchliche hätte sofort eine staatliche Matrikelführung zu treten.“

„Was haben die Bauernunruhen zu bedeuten?“

„Die Nachrichten über Unruhen im Land sind stark übertrieben. Sie gehen zumeist auf das Uebergangsstadium der Demobilisierung zurück, wo man die Leute mit den Waffen nach Hause schickte und die k. u. k. Militärbehörden den Agrarier Garnisonsarrest öffneten. Zugugeben ist, daß den Bauern viel Unrecht geschehen ist. Unsere Großgrundbesitzer haben bis zu 30.000 und 40.000 Joch Land und dazu ungarische Beamte. Die armen Bauernfrauen, deren Männer eingerrückt waren, mußten notgedrungen für 2 Kronen bei den Großgrundbesitzern tagelöhner. Eine Agrarreform ist nötig, sie wird den Grundbesitz auf wenige hundert Joch beschränken und dem Bauern ein Bodenminimum sichern.“

„Wie sind jetzt die Ernährungsverhältnisse in Kroatien?“

„Schwieriger als bisher. Die Entente hat nur ein Schiff mit Lebensmitteln geschickt, und auch das lediglich für die serbische Armee.“

„Mit dem Banat fallen eine Menge schwäbischer Kolonisten an die S. J. S. Welche Rechte werden Sie den nationalen Minderheiten geben?“

„Die deutschen Minoritäten werden Freiheit in jeder Beziehung haben. Sie werden ihre deutsche Schule haben, in der nebenher Kroatisch gelehrt werden sollte, und womöglich auch ihre eigenen Bezirke mit Selbstverwaltung. Für die ungarischen Minoritäten liegt die Sache insofern anders, als sie nicht in geschlossenen Kolonien wohnen, sondern als Beamte in den Städten und als Gutspersonal auf den Pustken isoliert sind. Wir können ihnen insofern auch keine eigenen Bezirke geben — es sei denn, daß uns ein überwiegend magyarisches Dorf zufiele. Wir werden übrigens nicht viel Magyaren dazubekommen; die meisten haben wir als Beamte, Aerzte und Advokaten schon im Land, und es fragt sich, wie viele davon bei uns bleiben werden.“

„Welche Gebiete beansprucht die S. J. S.?“

„Wir sind keine Imperialisten, wir beanspruchen nur das überwiegend von Südslawen bewohnte, ethnographisch zusammenhängende Gebiet. So werden wir die Teile des Banats, in denen die Rumänen die Majorität haben, ihnen nicht streitig machen.“

„Die Durchführung eines Korridors von Preßburg zur Murinsel, der die Tschecho-Slowaken direkt mit der S. J. S. verbinden soll, würde aber doch das ethnographische Prinzip empfindlich verletzen.“

„Die Idee zu einem derartigen Korridor ist von czechischer Seite ausgegangen und wird von ihr angestrebt. Wir beanspruchen diesen Korridor nicht, da sich wohl auch auf andere Weise die ungehinderte wirtschaftliche Verbindung zwischen uns und der bestreudeten tschechisch-slowakischen Republik sichern ließe.“

„Wie stellt sich die S. J. S. zur mazedonischen Frage?“

„Das ganze südslawische Gebiet zwischen Adria und Schwarzem Meer ist sprachlich gemischt. Eine Abart des serbischen Idioms reicht bis nach Sofia, während umgekehrt eine Abart des Bulgarischen gesprochen wird. Die Mazedonier könnte man mit gleichem Recht als Serben wie als Bulgaren bezeichnen. In Wirklichkeit sind sie ein Stamm, der die Gelegenheit verpaßt hat, eine eigene Nationalität zu werden, und deshalb jetzt zwischen Bulgaren und Serben hin- und hergeschoben wird.“

„Wäre nicht der Anschluß Bulgariens an die S. J. S. die beste Lösung des mazedonischen Problems?“

„In der gegenwärtigen politischen Situation läßt sich über die Möglichkeit eines bulgarischen Anschlusses ernstlich noch nicht reden. Auf die Dauer aber wird beiden Teilen wohl nichts anderes übrig bleiben, als sich gütlich zu einigen und zu einem Großstaat zusammenzuschließen, dessen Zukunft durch den direkten Zugang zu drei Meeren — der Adria, dem Mitteländischen und dem Schwarzen Meer — gesichert wäre.“

„Nun wird die Adriaküste der S. J. S. aber größtenteils von Italien freitrag gemacht, das auch das Protektorat über Albanien beansprucht.“

„Seiber besteht Italien auf dem Londoner Vertrag, der für uns unannehmbar ist. Auf Rijeka (Fiume) und die dalmatinischen Inseln könnten wir freiwillig niemals verzichten — ihre Annexion durch Italien